



Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Ball-Schuhe

in grösster Auswahl und neuesten Formen
F. & A. Hammer,
Schlossstr. 21.

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt II. Fernsprechstelle 1119.

Tapeten.

Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Familien-Strohhut-Schneider-Nähmaschinen

Schuhmacher
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr.
Chausseestr. 26.
Wasserkunststr. 5. Moritzstr. 18.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren

empfehlen in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).**

Fr. 16. Spiegel: Parlamentarische Debatten, Gohnachrichten, Stadtwortberichterstattung, Neues Dresdner, Victoriaalon, Reichsverhandlungen, Romantismus mit Zeitgenossen, Scepter
Sonnabend, 16. Jan.

Politisches.
Die geachteten Herren Mitglieder des Reichstags sind und bleiben ununterschiedlich bedauerlich. Langsam und wenig wie eine trübe, schlammige Fluth wälzt sich der Strom agitatorischer Phrasen dahin und wenn nicht einmal ein ganz besonderer Qualitätswort der Tagesordnung steht, ist das Interesse der Öffentlichkeit an dem, was im Reichstag verhandelt wird, gleich Null. Selbst den parteipolitischen Heißhörnern im Lande werden die Reichstagsberichte allmählich so langweilig und so kann man kaum wohl behaupten, daß es auf keiner Seite tendenziöse Geschichtchen herabzuwischen würde, wenn die leitenden Organe der Presse hinsichtlich des Reichstagsberichts auf ein Minimum zusammenzurufen ließen. Auch die letzten Verhandlungen über den Gehaltsposten für den Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern zeichnen sich in hervorragendem Maße durch jene monotone Kanzleiberedertheit aus, die einen Cicero veranlassen könnte, sich im Grabe umzubringen, wenn er dazu noch so langer Zeit noch im Grabe wäre. Nur die Reden der lebenden Jährlinge aber wies diese Art zu sprechen zu erstrebend, daß man es den anwesenden Mitgliedern des hohen Hauses wohlthätig nicht verdenken kann, wenn sie bei der letzten Sitzung nicht erst abwarten, bis der sozialdemokratische Parteireferent Herr Reichhaus das beschönigende h aus seinem Namen völlig hinweggeredet haben würde, sondern schon vorher das nahmen, was der Name des Herrn Reichhaus ohne h bringt.

Diesem Mitglieder des Reichstags, die zugleich Angehörige des preussischen Abgeordnetenhauses sind, haben wenigstens Gelegenheit, sich an der Spitze, wo über die Geschichte der engeren Heimat verhandelt wird, von dem laienhaften Dede durch keine Gefühlsbühne mehr erschaffen Reichstagsreden zu befreien. Das preussische Abgeordnetenhause gehört hauptsächlich in erster Linie zu denjenigen parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten, in denen täglich zum Wohle des Landes gearbeitet wird, während demselben das parteipolitische Schwert am Nagel verfestet. Nur das Centrum nimmt es zuweilen herunter, daß notwendig daran herum und verführt, es durch die Luft spielen zu lassen, hauptsächlich, wenn die Jesuiten und die Polen anfangen zu drängen. Die Sache will aber niemals recht klappen. Es weht eben eine andere Luft im preussischen Abgeordnetenhause, die reich mit arbeitshaltigem Sauerstoff erfüllt ist und deshalb auf alle, die sie einathmen, aufbauend und schaffensfördernd wirkt. Das zeigt sich doch jetzt wieder einmal bei den Beratungen, die über den preussischen Etat geübt werden. Es ist ein hübscher appetitlicher Happen, den der preussische Finanzminister da für die Volkvertretung seines Landes durch gemacht hat: keine neue Anleihe und ein effizienter Lebenslauf. Ein so günstiges Ergebnis hätte nie und nimmermehr erzielt werden können, wenn nicht Herr Dr. Müntze die große organische Steuerreform in Preussen — nach sächsischem Muster! — durchgesetzt hätte. Gerade diese Reform aber ist es gewesen, die Herrn Dr. Müntze die schärfsten Angriffe von Seiten des preussischen Reichstags zugezogen hat. Er habe mit seiner Steuerpolitik einen ganz und gar unlogischen Weg betreten, sagt man. Wie unerschütterlich der Boden ist, ergibt sich in schlagender Weise aus den Darlegungen Dr. Müntze's über die Ergebnisse der preussischen Einkommen- und Vermögenssteuer. Darnach sind 8 1/2 Millionen Einkommen in Preussen im letzten Jahre von der Einkommensteuer befreit geblieben, weil ihr Einkommen auf weniger als 500 Mark (die Steuerpflicht beginnt in Preussen erst mit der Erreichung dieses Betrags) veranschlagt worden ist. Die Sozialdemokraten werden aus diesem Umstande leicht den Trugschluss ziehen, daß die liebe wirtschaftliche Lage des größten Theils der Bevölkerung dadurch erwiesen werde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die in Rede stehende Einkünfte ist vielmehr in wohlwollender Art vollzogen worden, jedoch nach Lage der Verhältnisse die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß Einkommen der unter 500 Mark Gehaltsklasse werde zu einem großen Theile etwas über diese Summe betragen. Auch die von Herrn Dr. Müntze eingeführte Ergänzungs- oder Vermögenssteuer ist in durchaus sozialer Mahnen gehalten durch die Bestimmung, daß Vermögen unter 6000 Mark ihr nicht unterliegen. Alles in Allem genommen, trifft sicherlich ein konservatives Berliner Organ das Richtige, wenn es sein Urtheil über die ministerielle Thätigkeit des Herrn Dr. Müntze dahin prägnant faßt, daß er die preussischen Finanzen geradezu glänzend verwaltet, in dem Ausgleich zwischen Stadt und Land volle Gerechtigkeit und eine glückliche Hand bewiesen und einen weiten und scharfen Blick für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volks gezeigt habe.

Unter diesen Umständen kann man es Herrn Dr. Müntze nicht übel nehmen, wenn er es auch nicht in berechtigter Unmuth über die tendenziösen Angriffe seiner weisungigen Gegner ein scharfes Wort der Abwehr zu ihnen hinüberschicken läßt. Vor 2 Jahren sprach der Minister einmal davon, daß er es ja habe, sich formidabel mit Roth bewehren zu lassen. In der letzten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses ist er nicht ganz so temperamentsvoll gewesen, sondern hat die Sache humorvoller angefaßt. Er erklärte nämlich: „Ich würde glauben altersschwach zu sein, wenn ich mich der Zustimmung der weisungigen Partei in Zukunft entgegen dürfte.“ Wie werden Herrn Richter bei diesen satzhaften Worten die Ohren gelingen haben! Dieses kleine persönliche Neukontre eignete sich ganz am Schluß der Sitzung, in der im Uebrigen ein gutes Quantum finanzpolitischer Sachkenntnis und Weisheit verofft wurde.

Vorwiegend interessant, zumal mit Rücksicht auf gewisse analoge Verhältnisse in unserem sächsischen Staate, waren die Auseinandersetzungen betriebs der preussischen Eisenbahnpolitik. In diesem Punkte wurde allerdings die große „Historie“ des preussischen Finanzministers auch von autoritativer nationalliberaler Seite benützt. Der Abgeordnete Dr. Hammer hat sich mit den dieselben Jährlingen der Motive zu der ersten preussischen Verstaatlichungsvorlage von 1879 beschäftigt und tief dem Finanzminister daraus in's Gedächtnis, daß im Gegenseitig zu dem auf Unternehmungsverwaltung gerichteten System der Privatbahnen das Staatsbahnwesen finanziell seine Grenze in der Lösung der Aufgaben zu finden habe, die Kosten für die Verwaltung und den Betrieb der Eisenbahnen, für ihre Erhaltung und Erneuerung und für die Verzinsung des in ihnen angelegten Kapitals anzubringen. Herr Dr. Müntze ist aber — bei aller Anerkennung seiner großen Verdienste muß das gesagt werden — zu sehr geneigt, die Eisenbahnen vorwiegend als fiskalische Einnahmequelle zu betrachten und deren den Durchschnitt übersteigende Erträge für allgemeine Staatszwecke zu verwenden. Der nationalliberale Abgeordnete v. Gumbert weist an, die Ueberschüsse zu Steuererleichterungen zu verwenden, allerdings nur solche Ueberschüsse, die nach ausgiebiger Betriedigung aller von dem Betriebe und der Verwaltung der Staatsbahnen selbst gestellten Anforderungen verbleiben. Segar die Konservativen, die sonst in jeder Beziehung mit dem Finanzminister gehen und ihm sogar den 80 Millionen fassenden Sparpost, den sogenannten Ausgleichsfonds, bewilligen wollen, haben Herrn Dr. Müntze in der Frage der Verwendung der Eisenbahnüberschüsse die Heeresfolge aufgesetzt. Der konservative Redner erklärte namens seiner Partei, daß diese der von der Subjektivität des Abgeordnetenhauses gefassten Resolution zustimme, nach der eine Höchstgrenze festgesetzt werden soll, über die hinaus Eisenbahnüberschüsse für allgemeine Staatsaufgaben nicht beangezogen werden dürfen.

Somit sah also der preussische Finanzminister auf dem Felde der Eisenbahnpolitik eine geschlossene oppositionelle Front sich gegenüber. Wer aber glaubt, daß er sich dadurch auch mit im Mindesten aus der Fassung hätte bringen lassen, irrte sich. Im Gegentheil, Herr Dr. Müntze bestand es mit seiner unangenehm Schlagfertigkeit, auch von diesem Punkte einer für jeden anderen Steuerhelfer fatalen Erkenntnis eine störende Frucht für sich zu pfücken. Er erklärte nämlich lakonisch, andere Mittel als die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung händen ihm ja nicht zu Gebote. Die Einkommensteuer wolle doch Niemand erheben und auch das Reich wolle seine eigenen Einnahmen nicht keigern. Das war ein herrlicher Schach in's Centrum, im doppelten Sinne. Der Redner des Centrums, Dr. Bachem, hatte sich nämlich vorher alle Mühe gegeben, die Finanzpolitik seiner Partei im Reichstage vor dem preussischen Abgeordnetenhause herauszubrechen. Das vortreffliche Heranrücken vermag aber nicht die Thatfache aus der Welt zu schaffen, daß die Herren den Kern der Angelegenheit, die finanzielle Selbstständigkeit des Reichs und Vereinigung der Einzelstaaten von der Alimentationspflicht gegenüber dem Reiche, nicht schwachhaft finden wollen. Dabei wird die Frage der Finanzreform im Reiche in eben dem Maße dringender, als die Ansichten auf weitere erhebliche Steigerungen der Mithelast sich beziehen. Allein für die eventuell erforderlichen 200 Millionen zur Neubewohnung der Reichsfläche ist es doch ein sehr wesentlicher Unterschied, ob sie vorwiegend mittels der Realisationsanlagen auf die Einzelstaaten vertheilt und dort durch schärfere Besteuerung der direkten Einkommensteuer angebracht werden oder ob sie das Reich unter Subventionen einer Anleihe deckt, deren Zinsen seinen eigenen indirekten Einnahmen entziehen. So behält der kluge preussische Finanzminister in der That doch zuletzt wieder Recht: alle unsere modernen Finanzpolitiker, die nur in ihrem jeweiligen Bundesstaate u. aber nicht im Reiche u. sagen wollen, bewegen sich in einem circulus vitiosus ohne Anfang und Ende. Das finanzielle Heil der Zukunft liegt nur in einer reinlichen Scheidung zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Das muß so lange wiederholt werden, bis es wirkt, wie das Ceterum censeo des alten Römers Cato.

noch so viel Politik treiben. Von Koalitionsarbeit der Arbeiter ist in Sachsen gar keine Rede mehr. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht hier sprechen, dann müßten die Deputierten reden. Die Arbeiter in Sachsen stehen schlichthin außerhalb des Reiches. — Sächsl. Volksrechtlicher Geh. Rath Dr. Richter erklärt es für eine Unmöglichkeit, daß der Minister v. Meißel jemals angeordnet oder angeordnet habe, die Gezege sollten den Sozialdemokraten gegenüber anders ausgelegt werden, als gegenüber Anderen. — Abg. Zölle: Und ich erkläre es für eine Unmöglichkeit, wenn Geh. Rath Dr. Richter behauptet, daß Minister v. Meißel gesagt hat, die Gezege seien gegenüber den Sozialdemokraten anders zu handhaben als gegenüber Anderen. — Kammer wird diese Diskussion geschlossen. Es folgt der Etat des Gesundheitsamts. — Ein Antrag des Abg. Weitz (Frei. Sp.) bemerkt Direktor Richter, die Erhebungen darüber, in welcher Weise den Gefahren der Miltzbrand-Infektion bei der Miltzbrand-Industrie u. s. w. zu begegnen sei, seien abgeschlossen, das Material liege vor. Das erziele Richter dabei beizuhalten, sei richtig. Das inländische Nothhaar aber bei durchgängig nicht mit einem Miltz befreit, sondern nur ausländisches. Da das Desinfektionsverfahren Nothwehr in die besten Qualitätssorten bringe, so sei die Sache nicht so einfach, wenn die Industrie nicht schwer geschädigt werden sollte. Den Regierungen sei ebenfalls daran gelegen, die Angelegenheit zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Man möge ihnen aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn Maß gehalten werde; hinsichtlich könnten sie schon im nächsten Jahre vorliegende Angelegenheiten abgeben. — Abg. Gumbert: Ich möchte Nothwehr der Fabrikanten Konten hier nicht in Betracht kommen, denn es handele sich für die Arbeiter um Leib und Leben. Der Bundesrat müsse durchaus an Grund des 8. Abs. der Gewerbeordnung vorgehen, und auch die gewerbliche Aufsicht müsse schärfer werden. — Abg. Richter (kon.) verlangt eine allgemein durchgeführte Nothwehrmittellkontrolle. In einer systematischen Kontrolle liege es begründet noch fast überall. Man habe bereits gezeigt, wie die Sache praktisch angefaßt werden könne. Es bedürfe einer unumwundenen Organisation der Kontrolle aller Nothwehrmittel, denn gemeinschaftlich betreibe die Unterbindung von Nothwehrmittelverrichtungen eigentlich nur auf Zulässigkeiten und gelegentlichen Ermahnungen. — Direktor Köhler: In Preussen liege die Sache keineswegs so, daß nur auf Ermahnungen hin Unternehmungen von Nothwehrmitteln stattfänden. Hier in Berlin namentlich finde eine ständige Kontrolle statt. In Bezug auf Meissel, Petroleum und eine ganze Reihe anderer Stoffe sind ja auch Bundesratsvorschriften erlassen, welche die Kontrolle regeln. Ferner ist eine Vereinigung hervorragender Techniker zusammengetreten, welche allgemeine und spezielle Vorschriften über eine generelle Nothwehrmittellkontrolle ausarbeiten im Begriffe sind, die eventuell den für das Reich zu erlassenden Vorschriften zu Grunde gelegt werden könnten. — Abg. Schulze-Königsberg (kon.) regt unter Hinweis auf die Tobeschüsse an Sonnenlicht im letzten Sommer an, das Arbeiten an zu heißen Tagen zu vermeiden. — Abg. Köhler (lib.) bemängelt an der gegenwärtigen Art der Nothwehrmittellkontrolle, daß sie zum Theile nicht hinreichend analytische Verfahren erzeuge, z. B. die Untersuchung der Milch auf den Gehalt an Schmelze, Citronensäure, etc. Es sei die besten Chemiker Deutschlands über geeignete Untersuchungsverfahren beizuziehen und zwar, wie er ausdrücklich betonen wolle, mit Anregung des Gesundheitsamts. Die Behörden sollten, ehe sie zu einschneidenden Veränderungen auf diesem Gebiete schritten, sich hies vorüber an das Reichsgesundheitsamt wenden. — Direktor Köhler: Bestimmungen, wonach Landesbetriebe sich an das Gesundheitsamt zu wenden hätten, gebe es nicht. Glaube man sich durch eine behördliche Verordnung benachtheiligt, so bleibe eben nichts übrig, als sich mit Beschwerden an die einzelnen Landesregierungen zu wenden. — Abg. von Arnim (Frei. Sp.) erinnert daran, daß neuerdings mehrfach versucht wurde, die Verze in gewissem Sinne als Gewerbetreibende für das ganze Reich geregelt werden. — Abg. Weitz ist von den Erfahrungen des Direktors Köhler hinsichtlich der Nothhaar-Industrie nicht beirrt. Von Nürnberg her wisse er außerdem, daß auch bei der Verarbeitung von inländischem Haare die Miltzbrandgefahr nicht so gering sei, wie Direktor Köhler gemeint habe. — Direktor Köhler: Die Kosten der Desinfektion dürften allerdings keine Rolle spielen, wenn der Erfolg verfehlt ist, aber das sei eben nicht der Fall. Er bitte nochmals, nur noch ein Jahr wenigstens zu warten. — Abg. v. Wolzogen (kon.) wünscht, daß überall die Namen der Länder gegen das Nothwehrmittellgeheim acht Tage öffentlich angehängt würden, wie das beispielsweise in München geschehe. Das werde mehr helfen als keine Geldstrafen. — Direktor Köhler: Das Verdict hat schon jetzt das Recht, die Veröffentlichung des Urtheils vorzuschreiben. Dies durch Gesetz obligatorisch zu machen ohne Rücksicht darauf, wie der einzelne Fall liegt, wäre am nicht unbedenklich. — Das Kapitel wird geschlossen. — Beim Kapitel „Patentamt“ bemerkt am Antrage Hennrich's Geh. Rath Bach, nach Lage der Sache würden bei einer internationalen Patentrechtsunion die deutschen Interessen doch zum Theil ungenügend gestellt sein als jetzt, wo Deutschland den Weg einzelner Spezialverträge eingeschlagen habe. — Abg. Jacobsfeller (kon.) beklagt, daß die Auslegung von Erfindungen beim Patentamt nicht selten mißverständlich ausgelegt werde, und wünscht auch Ergänzungen der Patentämter. — Geh. Rath Bach: Die Auslegung wird erfolgen, damit die Interessenten prüfen können, ob nicht bestehende Rechte durch das nachgezeichnete Patent verletzt werden. Das Zurückbleiben von Reklamationen ist verboten; wenn trotzdem einmal ein Mißbrauch erfolgen sollte, so sehen da dem Gründer alle Rechte weggefallen. Ueber die Erfindungsfrage sind Verhandlungen eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. — Abg. Müller-Sagan (Frei. Sp.) erklärt sich entschieden gegen einen Verhängungsantrag für die Patentämter; näher liege da die Einrichtung eines Obergerichts für Patentangelegenheiten. — Geh. Rath Bach: An einem Verhängungsantrage habe ich gar nicht gedacht, es giebt auch andere Wege zu einer Organisation. — Das Kapitel wird geschlossen. Das Kapitel „Reichsversicherungsamt“ wird am Antrag des Centrums an die Subkommission verworfen. — Bei dem Kapitel „Kantonalamt“ wünscht Abg. Bach (nat.-lib.), daß an jeder der beiden Kantonalämtern ein ein Komitee zur Verhängung der behörden-schnelleren Durchsicht der Schiffe. Den ausgearbeiteten Schlamms solle man nicht mehr, wie bisher, an eine Stelle bringen, wo er zur Verchlammung eines Kanals führen müsse, sondern in Wien und Moskau zu beiden Seiten des Kanals. Weiter sei eine größere Berücksichtigung der deutschen Küstenschiffe im Konfliktkampfe mit den holländischen und dänischen Schifffahrtsunternehmen gewährt, die die holländischen Schiffe bis zu 100 Tonnern ausgedehnt werden, denn es habe sich gezeigt, daß die deutschen

